

B-1326 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Ans.: 26. JUNI 1972

No. 759/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. GASPERSCHITZ
und Genossen

/ Hahn, Sandmeier

an den Bundeskanzler

betreffend Äußerungen des SPÖ-Experten Dr. Reithofer

Da sich die Regierungsmitglieder offensichtlich gescheut haben, ihr Image durch unpopuläre Aussagen zu verschlechtern, wurde vergangene Woche der sozialistische Experte Dr. Reithofer vorgeschickt, der Öffentlichkeit die "traurige" Lage des Budgets 1973 vor Augen zu führen. Dr. Reithofer bezeichnet lt. KURIER vom 21.7.1972, das derzeitige Budgetdefizit für das Jahr 1973 in der Höhe von 14 Mrd. S zu recht aus gesamtwirtschaftlichen und preispolitischen Gründen für unverantwortlich.

Nach diesem Paukenschlag rückte der sozialistische Experte mit dem eigentlichen Motiv dieses offensichtlich organisierten "Alleinganges" heraus und verlangte neben Kürzungen bei den Ansätzen für Gesundheitspolitik und Umweltschutz auch Opfer seitens der Beamten. Lt. obiger Zeitung stellte er wörtlich fest: "Neben einer Verringerung der Dienstpostenzahl seien vor allem bei jenen Zulagen der Beamten Einsparungen möglich, die nicht durch Gesetz fixiert sind."

Diese Äußerungen haben trotz weicher Dementis durch den Finanzminister in der Beamtenschaft beträchtliche Unruhe hervorgerufen und die beamtenfeindliche Politik dieser Bundesregierung wieder einmal verdeutlicht. Eine Nichtbeantwortung dieser schriftlichen Anfrage unter Berufung auf die Bundesverfassung könnte die bestehende Unruhe unter den Beamten nur noch verstärken und weiteren Anlaß zur Befürchtung geben, daß erstmalig starke Gruppen von Unselbständigen trotz exorbitanter Preissteigerungsraten sogar nominelle finanzielle Einbußen erleiden.

-2-

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Besteht seitens der Bundesregierung die Absicht, Einsparungen bei Zulagen der öffentlich Bediensteten vorzunehmen?
- 2) Wenn ja, um welche Zulagen handelt es sich dabei konkret?
- 3) Welche Veränderungen sind im Jahr 1973 auf dem Gebiet des Dienstpostenplanes vorgesehen?
- 4) Wo sehen Sie Möglichkeiten für eine Verringerung des Personalstandes im öffentlichen Dienst?
- 5) Warum wurden bisher die Vorschläge der Verwaltungsreformkommission nicht verwirklicht?